

# Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 4

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Klaus-Broth/Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 22. Januar 1916

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Normalzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzufenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

30. Jahrg.

## Die 'Deutsche Arbeitgeberzeitung' an der Jahreswende.

Nach dem alten Brauche, beim Anfang eines neuen Jahres sich das Herz zu erleichtern und allerlei Hoffnungen und Wünsche zum Ausdruck zu bringen, hat auch das satzungsmäßig bekannte Organ der unentwegten Scharfmacher gehandelt, indem es die letzte Nummer des alten Jahres dazu benutzte, seinem scharfmacherischen Herzen ein wenig Luft zu machen. In einem Leitartikel wird ausgeführt, daß man überall von einer Neuorientierung unseres Wirtschaftslebens spreche und daß zahlreiche Kräfte am Werke seien, mit den bisherigen Zuständen aufzuräumen. Demgegenüber komme es darauf an, scharf darüber zu wachen, daß nicht die Neuerer ein gewissenloses Spiel treiben und alles das zerrüttern, was sich als gut und heilsam erwiesen habe. Besonders sei es die Aufgabe der deutschen Arbeitgeber, das bedrohte Schifflein unserer nationalen Wohlfahrt durch alle die gefährlichen Klippen hindurchzuführen zu helfen. Ein Glück, daß die Arbeitgebererschaft über feste Organisationen und kugelgeleitete Vertretungen verfügt; denn sie werde überreiche Gelegenheiten finden, mahnend, warnend und ratend ihre Stimme zu erheben.

Für einen denkenden Arbeiter, der die Kriegszeit mit offenen Augen erlebt hat und sich auch über unsere künftige Entwicklung seine Gedanken gemacht, bietet es ein großes Interesse, die scharfmacherischen Herzensregungen kennen zu lernen. Zunächst erscheint es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeitgebererschaft auf ihre bisherigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Vorrechte nicht verzichten darf. Es wird Bezug genommen auf ein kürzlich erschienenen Buch, das den Unternehmern und den Betriebsleitern zurufen, sie sollten nicht in stolzem Selbstbewußtsein von Besitz und Bildung als Herren auf ihre Arbeiter hinabschauen, sondern sich bewusst sein, im Grunde nicht mehr zu bedeuten, als der gewöhnlichste Tagelöhner, der treu seine Pflicht erfüllt. Solche Gesinnung aber könne nur geboren werden in einem Herzen, das sich freigemacht hat von allen Vorurteilen und Banden, die heute noch unser Gesellschaftsleben verderben und vergiften. Darüber höhnt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, dies sei eine wunder-schöne Predigt, die den christlichen Gleichheitsgedanken in einer den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechenden Weise ausdeute. Nicht alle Vorurteile seien falsche Urteile und nicht alle Bande im Gesellschaftsleben seien verderblich und vergiftend. Das heißt also mit andern Worten, daß die beim Beginn des Krieges einsetzende Stimmung der allgemeinen Volksverbrüderung nicht lange vorgehalten hat und daß das Unternehmertum von einer sozialen Gleichwertigkeit nichts wissen will.

Auch mit einer Weiterführung der Sozialpolitik hat die „Arbeitgeberzeitung“ nichts im Sinne; denn sie tadelt alle jene Personen und Parteien, die auch in Kriegszeiten „das sozialpolitische Rost kummeln“ wollen, ohne auf die schwierige Lage der deutschen Industrie und des Gewerbes und auf die schweren Aufgaben Deutschlands nach dem Kriege Rücksicht zu nehmen. Es sei im höchsten Maße ungerecht, für die Arbeiterklasse besondere Aufwendungen zu machen, trotzdem alle Schichten der Bevölkerung ohne Ausnahme für das bedrohte Vaterland die schwersten Opfer gebracht hätten. Diese Begründung ist, wie wir schon mehrmals herbeigehoben haben, durchaus falsch; denn, ganz abgesehen von den Kriegslieferanten, Spekulanten und Lebensmittelmachern, deren „Opferwilligkeit“ geradezu zum Himmel stinkt, kann doch kein unparteiisch urteilender Mensch behaupten, daß ein Arbeiter, der die Flinte auf den Boden legt und seine Familie bei nur geringer Unterstützung zurücklassen muß, ein viel größeres Opfer bringt, als die Angehörigen der Beamtenerschaft oder der besitzenden Volksschichten, deren Familien wirtschaftlich gesichert sind und deren finanzielle Bezüge viel höher sind. Aber die „Arbeitgeberzeitung“ ist nun einmal nicht so fanatische Vorkämpferin der „Gerechtigkeit“, daß sie es nicht mit ansehen kann, wie man in den Kreisen der deutschen

Arbeiter sozialpolitische Hoffnungen erweckt, deren Verwirklichung viel zu viel Geld kosten würde. Wie ein solcher Standpunkt auf die Arbeiterschaft — und besonders auch auf die sich vaterländisch gesinnte und wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft nennende — wirken muß, wird die Zukunft lehren. Die Scharfmacherpresse darf sich nicht wundern, daß sie Sturm ernten wird, wenn sie Wind sät.

Eine ganz besondere Angst haben die Leute von der „Arbeitgeberzeitung“ vor allem, was auch nur von weitem nach Sozialismus riecht. Daher erklärt sich ihre Besorgnis, daß der sogenannte Kriegs- oder Staatssozialismus auch in die künftige Friedenszeit hineinwachsen werde. „Der Erholungsprozeß, den unser Wirtschaftsleben durchzumachen hat, darf nicht unterbrochen werden durch allerhand gewagte Manipulationen, die man aus theoretischen, doktrinarischen oder parteipolitischen Rücksichten unternehmen zu müssen glaubt. Der Staatssozialismus hat während des Krieges große Triumphe gefeiert; nach dem Kriege wird es darauf ankommen, das wirtschaftliche Leben wiederum den normalen Verhältnissen anzupassen und sich nicht etwa durch besondere opportunistische Erwägungen zu allerhand Neueinrichtungen, Monopolen und dergleichen verleiten zu lassen. Von einer Reform der Tarifverträge, der Arbeitsnachweise, der Arbeitervertretungen, des ganzen Arbeiterrechtes wird in gewissen Kreisen schon heute mit Vorliebe gesprochen. Gern umkleidet man diese Wünsche mit der Begründung, daß die Leistungen des deutschen Volkes während des Krieges mit einer vollkommenen Umgestaltung der sozialen Ordnung belohnt werden müßten. Aber nicht allein die Arbeiterschaft, auch die übrigen Stände haben ihre selbstverständliche Pflicht getan; weniger als jemals darf also die Bevorzugung einer bestimmten Volksschicht in Frage kommen, und am wenigsten dann, wenn diese Bevorzugung sich gerade für diejenigen, die man bevorzugen will, als ein Danaergeschenk erweisen würde, weil sie die Wohlfahrt der Gesamtheit schädigt und hiermit das Gegenteil von dem bewirkt, was man vielleicht aus falsch verstandener Rücksicht bewirken wollte. Auch an dieser Stelle werden die Arbeitgeber die Augen offen halten müssen. Groß wird die Neigung sein, allerhand demokratischen Regungen die Zügel schießen zu lassen; fester Hand wird es bedürfen, um das Tempo der Entwicklung nicht ausarten zu lassen.“

Wenn die Scharfmacher, was wir nicht hoffen und glauben wollen, den Einfluß besitzen werden, den Drang nach mehr Sozialpolitik, der sich auch in bürgerlichen Kreisen bemerkbar macht, zu hemmen oder ganz zu unterdrücken, so können die Arbeiter nur die Hoffnung auf tatkräftige Mithilfe nichtproletarischer Schichten aufgeben. Sie werden in diesem Falle natürlich nicht auf die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen verzichten; aber sie werden sich dann auf ihre eigene Kraft und auf die Stärke ihrer Organisationen verlassen müssen. Wenn sie das aber wollen, so wird es ihre heiligste Pflicht und Schuldigkeit sein, über die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung zu wachen und allen denen das Handwerk zu legen, die in unbegreiflicher Verblendung darauf aus sind, das Unkraut der Zwietracht unter den Weizen zu säen. Wie sehr die Scharfmacher hiermit rechnen, geht aus folgenden Sätzen des Artikels hervor:

„Soeben haben wir erlebt, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie eine Spaltung vollzogen hat, eine Spaltung, die zwar innerlich schon längst vorhanden war, die aber nun zum offenen, unbehüllten Ausbruch gekommen ist. Die gemäßigste Mehrheit bemüht sich krampfhaft, den Riß zu verkleinern, die Sache so hinzuzustellen, als ob die Kreditüberweigerer nur als ein Häuflein von Eigenbröttern zu betrachten wären, die sich von den eigentlichen Zielen und Zwecken ihrer Partei freiwillig losgesagt hätten. In Wirklichkeit aber wird man nicht verkennen dürfen, daß diese „Waisenkinder und Unentwegten“, übrigens eine ganz natürliche Schar, eigentlich nur dem Grundgedanken der sozialdemokratischen Weltanschauung treu geblieben sind, sehr unpolitisch, sehr unbesonnen, mit großem Verstoß gegen Parteitaktik und Parteidisziplin, aber doch eben als echte und rechte Vertreter jener grundsätzlich verneinenden und ablehnenden Haltung, die das Wesen der Sozialdemo-

kratie in Friedenszeiten von jeher gekennzeichnet hat. Hier ist das wahre Gesicht der sozialdemokratischen Lehre ungeschminkt und ohne Maske zum Vorschein gekommen, und man wird nicht zweifeln dürfen, daß sich „Separatisten“ dieses Schlages im Lager der Partei und der Gewerkschaften viel zahlreicher vorfinden, als es heute den Anschein hat, wo sich aus Zweckmäßigkeitsgründen solche Meinung gern verbirgt. Nicht überall hat man umgelernt, und die Zeit wird kommen, in der man sich auf neue Kämpfe gefaßt machen muß. Am Wollst selbst, an der großen Masse der Arbeiter wird diese ernste Periode gemeinsamer Not und Gefahr sicherlich nicht spurlos vorübergegangen sein, aber der Einfluß der Führer ist mächtig; leicht beweglich ist das Dichten und Trachten der Menge, und schon jetzt klingt uns leider aus zahlreichen Schreien und Reden die alte demagogische Tonart entgegen. Eine Flut von Reformvorschlägen für alle möglichen Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft wird uns die Zukunft bringen, von der Abänderung des Wahlrechts angefangen bis zur Aufstellung kleinster Vorschriften für jeden Arbeitsprozeß. Und wieder werden die Arbeitgeber Zeit und Mühe opfern müssen, um solchem Ansturm, der sich verhängnisvoll wäre für alle Schichten des Volkes wirksam entgegenzutreten.“

Zu dem Zwecke werden die Arbeitgeber aufgefordert, in festem Zusammenhalt den Ausbau ihrer Organisation durchzuführen und mit vereinten Kräften alle Gefahren und Schwierigkeiten zu überwinden, die ihnen nach dem Kriege drohen.

Die Scharfmacher wittern Morgenluft und rufen auf zum Kampfe gegen die Neugestaltung unseres wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens. Und da gibt es noch Arbeiterführer, die als Quertreiber und Eigenbrötler alle Errungenschaften der Kriegszeit aufs Spiel setzen! Das ist eine traurige, aber wahre Tatsache, die zu allerlei Vermutungen Anlaß gibt und die Frage aufwerfen läßt, ob es denn wirklich im Interesse der Arbeiterklasse liegt, die Geschäfte der Scharfmacher zu besorgen.

## Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im Monat Dezember.

Die Arbeitslosigkeit hat unter unseren Mitgliedern im Dezember wieder weiter zugenommen. Nach unserer monatlichen Erhebung für das kaiserliche Statistische Amt waren am 31. Dezember von 9540 durch die Statistik erfaßten Mitgliedern 898 = 7,29 pSt. arbeitslos; gegen 1,80 pSt. Ende September, 3,30. Ende Oktober und 6,28 pSt. Ende November.

Obwohl wir gegenwärtig noch kein zuverlässiges Vergleichsmaterial haben, läßt sich doch behaupten, daß in normaler Zeit die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe größer gewesen ist. Die Einberufung vieler Tausende unserer Mitglieder zum Militär und die Beschäftigungsmöglichkeiten, unter anderem in der Kriegswirtschaft und in staatlichen und städtischen Verkehrsbetrieben — teils allerdings zu recht schlechten Lohnbedingungen —, wirken weiter stark entlastend auf den Arbeitsmarkt auch unseres Gewerbes. Unsere Kollegen suchen jetzt unterzukommen, wo sich nur die geringste Gelegenheit bietet. An ihrer Stelle arbeitet gegenwärtig wieder mancher Arbeitgeber praktisch mit, wie wir schon in unserem letzten Bericht (Nr. 52 des „Verbands-Anzeiger“) mitteilten, weil die bisher beschäftigten Gehilfen eingezogen wurden, oder weil der jetzige geringe Umfang des Geschäftsbetriebes dies ratsam machte. — Aus dem Radierergewerbe lauten die Nachrichten nach wie vor recht günstig.

Wir lassen hier eine Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern über unsere Arbeitslosenstatistiken seit Januar dieses Jahres folgen:

Monat	Erfaßte Mitglieder	Mitgliederzahl in den berichtenden Monaten am Monats-schluß	Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats	Am letzten Tage der letzten Monatswoche als auf der Karte befindlich gemeldet	Auf je 100 Mitglieder ent-fallen Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche
Januar ..	107	15349	2694	?	17,55
Februar ..	118	16112	2447	?	15,18
März ...	111	14209	753	?	5,29
April ...	94	12802	288	?	1,84
Mai ...	118	13963	299	15	2,25
Juni ...	120	13402	426	3	3,20
Juli ...	129	13349	302	7	2,31
August ..	121	11435	262	4	2,29
Septbr. ...	110	10820	132	9	1,30
Oktober ..	114	10247	345	6	3,36
November	119	10015	630	4	6,33
Dezember	122	9540	692	4	7,27

Die Zahl der berichtenden Filialen ist erfreulicherweise diesmal wieder etwas gestiegen. Zu den angegebenen Mitgliedsziffern ist zu sagen, dass einige Filialen mit größerem Zahlstellengebiet ihre Mitglieder in den Orten, über die sie keine Arbeitslosenziffern mitteilen können, in Abzug bringen.

Folgende Filialen landten keine statistischen Karten ein: Veruburg, Coburg, Gießen, Greifswald, Hamm, Reiffe, Oberhain, Oldenburg und Wismar.

### Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Zum ersten Male im Jahre 1915 erfuhr die sinkende Bewegung des Andrangs am Arbeitsmarkt des Bau- und Gewerbes im Monat Oktober eine Unterbrechung. 1915 liegt mit einer Andrangsziffer von 363,55 ein Monat April errechnete sich sodann eine Verhältniszahl von 139,06. Die weitere scharfe Abwärtsbewegung zeitigte im Monat Juli einen Andrang von 96,55. Nachdem in den Monaten August und September noch eine weitere Abnahme auf 90,93 beziehungsweise 73,94 erfolgt war, ging die Ziffer im Berichtsmontat auf 86,79 hinauf. Die Zunahme im Oktober ist nicht sehr wesentlich. Gewöhnlich pflegt der Oktober eine stärkere Verschlechterung zu bringen. Nebenbei geht aus der Ziffer des Berichtsmontats hervor, dass im Gesamtdurchschnitt das vorhandene Angebot an Arbeitskräften bei den berichtenden Arbeitsnachweisen der Nachfrage nicht genügt. Die Entwicklung des Andrangs im Baugewerbe ist nachstehend dargestellt. Es kamen im Durchschnitt auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Januar ..	499,19	396,58	458,88	530,58	921,72	363,55
Februar ..	342,27	361,60	357,11	382,66	428,33	252,15
März ....	157,53	101,00	160,96	261,18	181,03	157,78
April ....	146,78	128,91	144,44	198,21	135,69	139,66
Mai .....	182,00	116,43	143,31	212,15	137,33	125,87
Juni .....	159,26	124,86	130,46	185,33	145,87	109,83
Juli .....	136,57	117,75	139,24	197,50	148,62	96,55
August ..	145,29	125,38	148,16	219,41	311,19	90,93
September	134,94	100,93	128,92	163,51	204,97	73,94
Oktober ..	199,45	141,53	163,30	228,28	209,78	86,79
November	236,11	206,20	252,70	436,71	266,89	—
Dezember	277,78	266,82	296,31	542,58	246,68	—

Im Monat Oktober erfuhr sowohl das Angebot als auch die Nachfrage eine Verminderung gegen den Vormonat, doch war die Einschränkung der Nachfrage merklich geringer als die Abschwächung des Angebots. Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen betrug die Zahl der Arbeitsuchenden im Berichtsmontat 9341, was gegen den vorangegangenen Monat eine Abnahme um 1145 bedeutet. Die Zahl der offenen Stellen ging hingegen um 3543 auf 11465 zurück, das heißt also: das Angebot an Arbeitskräften war um 10,3 pzt. geringer, die Nachfrage schwächte sich jedoch um 23,6 pzt. ab.

In der folgenden Uebersicht sind die Veränderungen der Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Berufsgruppen dargestellt. Besonders auffällig war die starke Zunahme der Andrangsziffer im Malergewerbe. Weiterhin wies noch die Gruppe „Uebrige gelernte Berufe“ eine Verschlechterung der Lage auf. In den übrigen Gruppen ging die Andrangsziffer etwas zurück. Es kamen durchschnittlich auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

Berufsgruppen	1914 Septbr.	1914 Oktober	1915 Septbr.	1915 Oktober
Maurer, Fußer, Stuckateur	324,19	217,67	61,16	55,03
Zimmerer, Treppenhauer	123,15	152,01	69,86	67,01
Malter, Anstreicher, Lადierer	181,84	250,72	80,66	146,82
Glasler	223,38	157,66	91,95	77,85
Uebrige gelernte Berufe	262,55	208,72	79,20	83,41
Erdarbeiter, Bautagelöhner, Handlanger	107,34	106,10	64,04	62,24

In der Berufsgruppe Maler, Anstreicher und Lადierer trat im Monat Oktober nach der vormonatlichen Besserung eine scharfe Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. Für die berichtenden Nachweisse errechnete sich im Oktober eine durchschnittliche Andrangsziffer von 146,82 gegen 80,66 im September des laufenden Jahres. Die Zunahme beträgt demnach nicht weniger als 66,16. Weiter unten ist näher ausgeführt, welche Landes- teile hauptsächlich die Verschlechterung des Gesamtdurchschnitts verursachten. Die Gesamtziffer der Arbeitsuchenden erfuhr bei den berichtenden Nachweissen noch eine geringe Zunahme. Sie belief sich im Oktober auf 4198 gegen 4182 im September. Die starke Zunahme der Andrangsziffer wurde also lediglich durch die Bewegung der Nachfrage herbeigeführt; die Zahl der offenen Stellen ging nämlich um 2265 auf 2858 zurück. Seit Kriegsausbruch war die Entwicklung des Andrangs folgende:

Juli .....	143,88	April .....	127,74
August .....	501,87	Juli .....	181,96
September .....	181,84	August .....	130,34
Oktober .....	250,72	September .....	80,66
Januar .....	582,74	Oktober .....	146,82

Nach in sämtlichen Landes- teilen trat im Berichtsmontat eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. Eine Ausnahme machte nur Westfalen. Von besonderem Einfluß war die Steigerung der Andrangsziffer für Brandenburg mit Berlin. In diesen Gebietsteilen nahm die Zahl der Arbeitsuchenden um 282 auf 1191 zu. Die Zahl der offenen Stellen verminderte sich dagegen um nicht weniger als 1174 auf 775. Die Andrangsziffer ging infolgedessen von 46,64 auf 153,68 hinauf. Weiterhin war die Steigerung der Andrangsziffer im Rheinland von wesentlicher Bedeutung: Die Vergleichsziffer liegt hier von 130,42 auf 227,14. Von größerem Einfluß auf die Bewegung des Gesamtdurchschnitts war ferner die Zunahme der Andrangsziffer für das Königreich Sachsen und Hamburg. Im Vergleich mit dem Monat Oktober vorigen Jahres ergab sich durchweg eine Abnahme des Andrangs. Es kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Landesteile	1914 Septbr.	1914 Oktober	1915 Septbr.	1915 Oktober
Ost- und Westpreußen	209,09	250,00	60,00	80,00
Brandenburg mit Berlin	101,41	184,61	46,64	153,68
Pommern	108,70	219,74	73,13	111,76
Posen	85,04	125,00	33,33	79,66
Schlesien	893,33	946,15	97,62	144,88
Sachsen	232,22	330,54	99,38	116,20
Schleswig-Holstein	239,13	378,53	141,98	196,80
Hannover	162,87	194,65	81,36	107,35
Westfalen	195,58	174,42	79,31	89,85
Hessen-Nassau	686,54	424,86	106,25	118,26
Rheinland	377,10	380,00	180,42	227,14
Bayern	286,83	295,70	120,49	145,40
Königreich Sachsen	146,18	326,15	63,53	170,88
Württemberg	188,71	285,66	142,85	194,91
Baden	155,10	220,10	111,02	156,88
Hessen	343,24	278,24	116,07	144,44
Hamburg	175,66	307,87	116,03	262,19
Sachsen-Lothringen	244,23	254,10	200,00	200,00
Deutsches Reich	181,84	250,72	80,66	146,82

### Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

**Emden.** Unserer Filiale, die vor Ausbruch des Krieges in schönster Blüte stand, gehörten ihr doch fast sämtliche Kollegen an, hat der Kriegszustand schweren Abbruch getan. Eingezogen zum Heeresdienst sind uns gemeldet bis jetzt 25 Kollegen. Die Zahl würde sich aber noch etwas erhöhen, wenn alle in der Lage gewesen wären, ihren Abgang uns zu melden. Die Kollegen im Felde stehen mit uns in reger Verbindung. Es wird ihnen regelmäßig alle 14 Tage der „Vereins-Anzeiger“ zugesandt, auch durch öftere Zusendung von Feldpostpaketen ihnen eine kleine Ueberraschung dargebracht. Gleich nach Kriegsausbruch

vereinbarten wir mit den hiesigen Meistern, daß die Arbeitszeit auf acht Stunden beschränkt werde, was auch bis zum Frühjahr 1915 beibehalten worden ist. Da dann durch die vielen Einberufungen die Arbeitsgelegenheit sich besserte, wurden die alten Verhältnisse wieder hergestellt. Ferner beschloßen wir gemeinschaftlich mit den Meistern eine Sammlung, um den bedürftigen Frauen sowohl der eingezogenen Meister als auch unserer Kollegen über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen. Aus dieser Sammlung, die nach Bedarf zur Verteilung kam, wurde bis Ende 1915 die Summe von über M 2500 ausgegeben. Fürwahr eine anerkennenswerte Leistung für unsere kleinen Verhältnisse am Ort. Auch sonst haben wir aus lokalen Mitteln den Frauen geholfen; ebenso haben wir unsere arbeitslosen Kollegen bedacht. Folgende Zahlen mögen für sich sprechen. In Familienunterstützung wurden aus der Sozialkasse M 150 und aus der Hauptkasse M 38 ausgezahlt. Aus der Sozialkasse an die Arbeitslosen M 72, aus der Hauptkasse M 75. Für Feldpostpakete wurden M 128 ausgegeben. Außerdem haben wir für Versicherung bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse für M 75 Anteilsscheine genommen. Einen Verlust an Kollegen, mit Ausnahme eines seit Anfang des Krieges Vermissten, haben wir glücklicherweise noch nicht erlitten. Mögen sie auch fernherhin verschont bleiben. Die berufliche Arbeit liegt augenblicklich ganz danieder. Von neun Mitgliedern arbeiten nur zwei im Beruf, einer außer Beruf, einer ist krank und die übrigen fünf sind arbeitslos. Auch für das kommende Frühjahr sind die Aussichten auf Arbeit bei den hohen Materialpreisen keine günstigen. Hoffentlich wird das nun angefangene Jahr die blutige Arbeit auf den Schlachtfeldern bald beenden, so daß auch unsere Kollegen bald wieder heil und gesund zu ihrer Friedensarbeit zurückkehren, zum Wohle unseres Berufes und der gesamten Kollegenchaft.

**Von unsern Kollegen im Felde.**  
Der Kollege Heinrich Kress, Mitglied der Zahlstelle Oberhausen, erhielt das Eisene Kreuz.

**Bewerkschaftliches.**  
**In Urlaub reisende Soldaten, Verbandsmitglieder** und Nichtverbandsmitglieder, die in Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelfufer 15, aufmerksam gemacht, wo sie bereits von 45 % an freundliche und reinliche Unterkunft finden. Einzelzimmer stehen mit M 1,50, Zimmer mit zwei Betten pro Bett mit 80 % zur Verfügung. Nächste Bahnhöfe: Schlesischer Bahnhof und Gröblicher Bahnhof. Entfernung von jedem dieser Bahnhöfe eine knappe Viertelstunde. Verschiedene Straßenbahnen führen zum Gewerkschaftshause hin.

**Eine Konferenz der Reichsleitung der Eisenbahner** tagte am 2. Januar im Berliner Gewerkschaftshause. Wichtigster Gegenstand der Beratung war die Frage des Koalitionsrechts. Nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Schumann und eingehender Diskussion, fasste die Konferenz folgende Entschließung:

Die am 2. Januar 1916 in Berlin tagende Konferenz von Vertretern der Ortsgruppen der im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Eisenbahner hält nach wie vor an der grundsätzlichen Forderung der unbedingten Sicherung der Ausübung aller Staatsbürgerrechte für die in staatlichen Verkehrsanstalten (Eisenbahn, Post, Telegraphie) beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten fest.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Aufhebung der gegen das Koalitions- und Versammlungsrecht der Eisenbahnarbeiter und Bediensteten gerichteten Bestimmungen durch die Eisenbahnverordnungen.

Sie erblickt in der Beseitigung der die Gewerkschaften von den Eisenbahnbetrieben ausschließenden Verbote eine Möglichkeit, die Interessenvertretung der Arbeiter und Bediensteten so zu gestalten, daß etwa entstehende Differenzen ohne Gefährdung des Betriebszweckes ihre Erledigung finden können.

Die Konferenz lehnt die auf Schaffung eines besonderen Staatsarbeiterrechtes gerichteten Bestrebungen

### Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch.

Im Laufe der Kriegszeit ist auf dem deutschen Büchermarkt eine ungeheure Menge Kriegsliteratur erschienen. Das Verzeichnis der Hinrichs'schen Buchhandlung in Leipzig führt allein 1400 Titel von Literaturerzeugnissen an, die mit dem Krieg in Verbindung stehen und in den ersten fünf Kriegsmontaten herausgegeben sind. Manche beachtenswerte, wertvolle Schrift findet sich darunter, manches Lesenswerte wird schnell vergessen sein, doch ein Wert, das sich im Besonderen mit gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der deutschen Arbeiter beschäftigt, vermischen wir hier. Es ist daher zu begrüßen, daß der Redakteur des „Correspondenzblattes“, Wilhelm Janßon, im Verlage der rührigen Internationalen Korrespondenz von Bernauer, Berlin-Karlshorst, unter dem Titel „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“ ein Buch herausgegeben hat, das für alle Gewerkschaftsmitglieder von hohem Interesse ist und seinen literarischen Wert auch nach Beendigung dieses furchtbaren Weltkrieges nicht verlieren wird. Denn der Versuch dieses Buches, wie es im Vorwort heißt, die Interessen der deutschen Arbeiter am Kriegsergebnis vom Beden der Tatsachen aus zu untersuchen, in raderes Erachens in vollgültiger Weise gelangen.

Am der Hauptache handelt es sich in dem vorliegenden Buch um die Frage: Wie stellen sich die deutschen Arbeiter zu einem für uns günstigen oder ungünstigen Ausgang des Krieges? Umwichtig die Rolle des 4. August den Interessen der Arbeiter und der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse? Das ist, um es vortweg festzustellen, von der Verfasserin der einzelnen Kapitel auf Grund ihrer gemachten wertvollen Ausführungen rückschlüsse bezichtigt werden. Welchen Arbeiter kann es gleichgültig sein, was der Frieden bringt? Für Millionen deutsche Arbeiter waren erst vor dem Kriege in der Exportindustrie beschäftigt.

Dieser Hinweis auf unsere hochentwickelte Industrie deutet schon an, was für Folgen es haben würde, wenn es unsern Gegnern gelänge, Deutschland wirtschaftlich lahmzulegen. Jeder einzelne Mitarbeiter bringt für seinen Industrie- respektive Gewerbebezirk, dessen Verhältnisse er von Grund aus kennt, in gedrangter, äußerst sachlicher Form eine so erdrückende Fülle von Tatsachenmaterial zur Begründung seines Standpunktes, daß es unmöglich ist, in einem kurzen Auszuge es nur annähernd zu würdigen. Solche kristallisierten Gewerbenomographien müssen gelesen werden.

In einem gedankenreichen Einleitungsartikel „Kapitalismus und Sozialpolitik“ legt Robert Schmidt dar, wie eng miteinander Sozialpolitik und Wirtschaftszusammenhänge verknüpft sind. So wird auch die Fortführung der Sozialpolitik nach dem Kriege sehr von der wirtschaftlichen Lage abhängen, in die Deutschland gedrängt wird. Daher haben die Arbeiter ein wohl begründetes Interesse an der wirtschaftspolitischen Gestaltung Deutschlands. Die extrem radikale Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung, die aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch die politische Neugestaltung erhofft, lehnt er ab und betont, daß die Gewerkschaftsbewegung in eine solche unfruchtbare Spekulation nicht verfallen kann. Nichts kann uns mehr von einem fruchtlosen Radikalismus befreien, als die Berührung mit der Praxis. An einer Reihe von Beispielen weist Schmidt nach, wie der Krieg manche unerwartete Wendungen auf sozialpolitischem Gebiete gebracht hat und welche wichtigen Aufgaben nach dem Kriege der Erledigung harren. Auch unsere Nahversorgungsmittelversorgung und die Regelung des Konjums wird eine große Bedeutung erlangen. Eine Fülle von Arbeit gibt es nach dem Kriege für die Arbeiterbewegung, alle Kräfte werden zum Aufbau bereit sein müssen. Aber hoffnungslos wäre die Zukunft, wenn dieser Krieg mit der Zertrümmernng Deutschlands endete.

Nach diesen wichtigen, zielklaren Ausführungen folgt eine gründliche Untersuchung über die Bedeutung, den gegenwärtigen Stand und Fortschritt der gesamten Arbeiterversicherung aus der Feder von Rudolf Wiffel, einen anerkannt tüchtigen Kenner dieses schwierigen Gebietes. Er legt offen die der Arbeiterversicherung nach anhaftenden Mängel und Lücken dar und stellt fest, wie die vielfach angelegte scharfe Kritik an den sozialpolitischen Einrichtungen doch fördernd auf die Gesetzgebung eingewirkt hat. Heute denkt kein Mensch mehr an eine Einschränkung der Arbeiterversicherung. Die Kriegszeit hat deren Wert und Notwendigkeit zu deutlich in die Erscheinung treten lassen. Im Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen anderer Länder steht die deutsche Arbeiterversicherung weitans an der Spitze; ihren hohen Segen für die Arbeiterschaft und das ganze Volk muß man anerkennen. Wiffel schließt seinen Artikel mit den Worten: „Ein Ausbau und die Weiterentwicklung der Arbeiterversicherung ist jedoch nur möglich wenn ihre Grundlagen, das unerbitterte Reich und unser blühendes Wirtschaftsleben, erhalten bleiben. Wehe den deutschen Arbeitern, wenn wir nicht Sieger bleiben. Es geht auch um die Existenz der Arbeiterversicherung.“

Ueber das Baugewerbe bringt August Winnig eine wohl durchdachte Abhandlung, die besonders für unsere Leser von Interesse sein wird. Er weist in seinen Ausführungen den Zusammenhang der Bauwirtschaft mit dem allgemeinen Wirtschaftsleben treffend und sicher nach. Dabei unterscheidet er die auszuführenden Bauaufträge in drei Gruppen, in Bauten für Wohnzwecke, in Bauten für gewerbliche Zwecke und in Bauten für öffentliche Zwecke. Die steigenden Ansprüche an die Größe, Bequemlichkeit, Schönheit und innere Ausstattung der Bauten und Wohnungen können selbstverständlich nur befriedigt werden, wenn die Mittel dazu da sind, sie zu bezahlen. Ihre Voraussetzung ist also Aufwärtsbewegung der Einkommen, günstige Entwicklung des gesamten Volkswohltandes. Das

ab. Sie ist der Ansicht, daß die gesetzliche Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse der in staatlichen Verkehrsanstalten Beschäftigten im Rahmen eines allgemeinen deutschen Arbeiterrechtes zu erfolgen hat.

Die Konferenz nahm weiterhin Stellung zum Verhalten der Sektion der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes gegenüber andern Organisationen und trat dann ein in vorbereitende Erörterungen der nach dem Kriege zu schaffenden Organisationseinrichtungen. Sie nahm mit Befriedigung Kenntnis von dem Beschlusse des Verbandesvorstandes, wonach ab 8. Januar der „Bedruf“ wieder erscheinen soll und erledigte einige interne Angelegenheiten der Sektion.

Die Verhandlungen nahmen durchweg einen allseitig befriedigenden Verlauf und werden nicht ohne befruchtende Wirkung auf die weitere Entwicklung der Organisation sein.

**Unternehmer-Arbeitsnachweis.** Der Kölner Arbeitgeberverband versuchte seine Stellung zum „Burgfrieden“ am besten dadurch zu erkennen zu geben, daß er alle Vorbereitungen zur Errichtung eines einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweises traf, der mit Beginn dieses Jahres in Funktion treten sollte. Die Gewerkschaften waren jedoch auf dem Posten und wandten sich beschwerdeführend an das dortige Gouvernement. Dieses teilte ihnen mit, daß die angekündigte Eröffnung der Nachweisstellen vorläufig nicht erfolgt. Auf den Plakaten an den in Aussicht genommenen Geschäftsstellen des Unternehmer-Arbeitsnachweises ist ebenfalls zu lesen: „Die Eröffnung des Arbeitsnachweises ist bis auf weiteres verschoben worden.“ Die Kölner Arbeiter werden mit Genugtuung erfahren, bemerkt hierzu die „Rheinische Zeitung“, daß die Gefahr der Errichtung eines einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweises einseitigen geschwunden ist; aber doch nur einseitigen! In der Erklärung der Gewerkschaften steht das Wort „vorläufig“ und die Unternehmer machen bekannt, daß sie die Eröffnung des Arbeitsnachweises „bis auf weiteres verschoben“ haben. Das steht ganz danach aus, als ob man versuchen will, den Unternehmer-Arbeitsnachweis während des Krieges doch noch zu eröffnen. Die Kölner Arbeiter tun gut, auf dem Posten zu sein.

**Von der „Gewerkschaftlichen Frauen-Zeitung“** (Verlag C. Regien, Redaktion Gertrud Hanna) ist Heft 1 des ersten Jahrgangs erschienen. Die Nummer enthält außer einem Gedicht von Lessen einen Aufruf „Geldwort“, „Ein neuer Abschnitt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ von Carl Regien, „Frauenarbeit in der Metallindustrie“ von R. Maier, „Der Wert der Mitarbeit der Frauen in der Organisation“ von P. Thiede, „Arbeitslose Mütter im Krieg“ von Anna Blos, „Leber die Teilnahme der Frauen am geistigen Leben“ von W. Zeppler, „Arbeiterhaushalt und Wirtschaftsorganisation“ von Gertrud Lohahl, „Streikzüge“ von W. Köhler und „Aus dem Leben des kleinen Jan“ von Ernst Ulmsloh. Das Blatt erscheint vierzehntäglich zum Preise von 40 ¢ pro Vierteljahr, und ist den Arbeiterfamilien nur zu empfehlen.

### Arbeiterversicherung.

**Die Invalidenversicherung der Kriegsteilnehmer.** Das „Reichsgesetzblatt“ vom 29. Dezember 1915 enthält eine Bundesratsverordnung, die verschiedene Ungerechtigkeiten beseitigt, unter denen die Kriegsteilnehmer in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu leiden hatten. Die Verordnung erweitert die Anrechnung der Militärdienstzeiten als Beitragszeiten und verlängert die Fristen für die Beitragsentrichtung, die eingehalten werden müssen, um die Anwartschaft zu erhalten.

Nach der Reichsversicherungsordnung selbst werden entsprechend dem § 1303 die Militärdienstzeiten nur jenen Versicherten als Beitragszeiten angerechnet, die vorher berufsmäßig, nicht nur vorübergehend, versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind. Damit sind alle, die sich freiwillig selbst- und weiterversicherten Personen (in der Hauptsache also die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden und die Angehörigen mit mehr als M. 2000 Jahresgehalt) von der Vergünstigung ausgeschlossen. Die Verordnung beseitigt diesen Mangel. Die während des

gegenwärtigen Krieges in deutschen oder österreichischen Diensten zurückgelegten Militärdienstzeiten werden auch als Zeiten freiwilliger Versicherung angerechnet, ohne das Beiträge entrichtet zu werden brauchen, und zwar wie allgemein üblich nach Lohnklasse II. Da die Verordnung mit Wirkung vom 1. August 1914 an in Kraft tritt, werden Beiträge, die inzwischen von Kriegsteilnehmern entrichtet worden sind, zurückerstattet, wenn dies bis zum Schlusse desjenigen Kalenderjahres beantragt wird, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist.

Nach den §§ 1442 und 1443 der Reichsversicherungsordnung sind Pflichtbeiträge unwirksam, wenn sie nach Ablauf von zwei Jahren seit der Fälligkeit entrichtet werden. Freiwillige Beiträge dürfen für mehr als ein Jahr zurück nicht entrichtet werden, ebensowenig nach Eintritt von Invalidität. Hier bestimmt nun die Verordnung, daß für Versicherte deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit Beiträge ebenfalls noch bis zum Schlusse desjenigen Kalenderjahres nachentrichtet werden können, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist, wenn der Unternehmer oder der Versicherte infolge des Krieges an der rechtzeitigen Beitragsentrichtung verhindert war. Für freiwillige Beiträge, die beim Eintritt der Behinderung wirksam nachentrichtet werden konnten, gilt das nur in dem Umfange, in dem dies zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft unbedingt erforderlich ist. Bis zum Ablauf der angegebenen Frist können auch ohne Nachteil Quittungsforten umgetauscht werden, die länger als zwei Jahre laufen.

**Die Ansprüche der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern aus der Invalidenversicherung.** Nach § 1253 der Reichsversicherungsordnung wird länger als ein Jahr rückwärts, vom Eingang des Antrages an gerechnet, keine Rente gezahlt, und nach § 1300 dieses Gesetzes versfällt der Anspruch auf das Witwengeld, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Ehepartners geltend gemacht wird. Diese Bestimmungen scheinen, wie aus verspätet eingetragenen Anträgen hervorgeht, nicht allgemein bekannt zu sein oder von den Antragstellern nicht genügend beachtet zu werden. Um die Bezugsberechtigten vor Verlust zu schützen, weist deshalb die Landesversicherungsanstalt Berlin in ihren „Amtlichen Mitteilungen“ eindringlich auf die Innehaltung der Fristen hin. Gleichzeitig bringt sie mit Rücksicht auf den Krieg den § 1265 der Reichsversicherungsordnung in Erinnerung, nach dem die für Hinterbliebene von Versicherten vorgesehenen Leistungen — Witwengeld, Waisengeld und Witwenrente — auch dann gewährt werden, wenn der Versicherte verschollen ist. Um alle ihre Rechte aus der Invalidenversicherung zu wahren, empfiehlt es sich daher für die Angehörigen eines vermissten Kriegsteilnehmers, wenn sie mit der Wahrscheinlichkeit seines Todes rechnen können, die Anträge auf Hinterbliebenenfürsorge beim Versicherungsamt noch innerhalb eines Jahres seit dem Tode des Vermissten oder der letzten Nachricht von dem Verschollenen zu stellen, ohne daß es dabei der Vorlegung einer Sterbeurkunde oder Todesbescheinigung bedarf.

### Gewerbe- und soziale Hygiene.

**Merktblatt zur Verhütung des Erfrierens.** Die österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz hat soeben ein vom Hofrat Dr. Karl Ritter von Selly verfaßtes Merkblatt zur Verhütung von Erfrierungen herausgegeben, das in kurzen Zeilen die wichtigsten Vorsichtsmaßnahmen gegen Erfrierungen enthält. Es lautet: „Dringend geboten ist eine Bekleidung aus Stoffen, welche die Wärme schlecht leiten und gegen das Eindringen von Wasser widerstandsfähig sind, also Seide, Schafwolle, Papier, mit Fett getränktes Leder. Ungeeignet sind Stoffe, welche auch für Gase undurchlässig sind: Landleber, Willorhbatin, Kautschuk usw. Besonderen Schutz erfordern Füße und Hände. Also Schuhe aus starkem Leder (Luchten), wiederholt gefettet (mit Teeröl, Tran usw.)! Die Schuhe dürfen nicht eng sein und dürfen nicht drücken. Zur direkten Bekleidung der Füße Strümpfe oder Socken aus dicker Seide oder Schaffell. Zuhilfenahme aus Baumwollstoff

ist aber nur möglich, wenn ein Volk ungehindert produzieren und austauschen kann. Anders dagegen, wenn Englands Kriegsziel in Erfüllung ging, das heißt die Vernichtung des deutschen Außenhandels, die Zerstörung der deutschen Ausführungsindustrie. Anschaulich schildert Winnig die Folgen, die nach dem heutigen Stand unserer Erfahrungen eintreten würden bei einer deutschen Niederlage. Eine große Arbeitslosigkeit wäre die nächste Folge. Hunderttausende müßten sich zur Auswanderung entschließen. Eine Periode der Entvölkerung brähe an, der stärkste Antrieb der Wohnungsbautätigkeit wäre beseitigt. Die ganze Wucht des Zusammenbruchs würde am empfindlichsten die Mittel- und Unterschichten des Volkes treffen. Dieser Zustand müßte allmählich zur völligen Ohnmacht der Organisation führen und damit alles aufheben, was sich die Bauarbeiterschaft in den Kämpfen eines Menschenalters errungen hat. Im eigenen Interesse und im Interesse seines ganzen Gewerbes muß daher jeder einsichtige deutsche Bauarbeiter den Sieg Deutschlands auf das innigste wünschen. Es geht um die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft des deutschen Volkes, und zum deutschen Volke gehören auch die deutschen Bauarbeiter.

Eine treffliche Schilderung der Bergwerks- und Hüttenindustrie bringt Otto Hue. Er weist zahlenmäßig nach, daß Deutschlands hervorragende Stellung in der Weltwirtschaft vorzüglich auf die großindustrielle Verwertung seiner Bodenschätze begründet ist. Eisen- und Stahlindustrie ist eine Exportindustrie erster Ordnung, die befruchtend auf andere Industriezweige eingewirkt hat. Schon in normalen Zeiten produziert Deutschland mehr als 30 pct. als sein Eigenbedarf ausmacht. Darum bedürfen wir, führt Hue treffend aus, des freien Handelsrechts, auch des freien Meeres! Gleich den andern Nationen, steht auch Deutschland die Forderung zu, im weltwirtschaftlichen Wettbewerb gleichberechtigt zu sein.

Daß die chemische Industrie Deutschlands eine Weltmacht im wahren Sinne des Wortes ist, zeigt uns Heinrich Schneider in seiner ausgezeichneten Darstellung. Vor 50 Jahren war Englands chemische Industrie führend auf dem Weltmarkt, heute aber befindet sie sich weit im Hintertreffen. Der dritte Teil von den Erzeugnissen der chemischen Industrie wird ausgeführt und zu einem großen Teil in die Länder, mit denen Deutschland Krieg führt. Hauptächlich handelt es sich um Salze und Säuren, Farben und Farbstoffe und Kautschukwaren. Ein großartiges, mit reichem Zahlenmaterial belegte Bild entrollt sich da vor unsern Augen und gibt dem Leser einen trefflichen Einblick in das Getriebe eines unserer mächtigsten großkapitalistischen Industriezweige. Interessant ist auch der Hinweis von Schneider auf die Versuche englischer Industrieller, hinter die Geheimnisse der deutschen Erfolge zu kommen, natürlich nur, um diese dann unmöglich machen zu können. Am Schlusse des Artikels kommt zum Ausdruck, daß die Arbeiter der chemischen Industrie Deutschlands ein sehr lebhaftes Interesse daran haben, daß dieser Krieg durch einen Frieden beendet wird, der die deutsche Industrie sichert gegen alle Bestrebungen, die ihre Vernichtung oder Schädigung zum Ziele haben.

Zu dem gleichen Resultat kommen auch die übrigen Mitarbeiter in ihren durchwegs lehrreichen Abhandlungen: So Emil Kloth für das graphische Gewerbe, M. Kahler für die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, Emil Gierbig für die Keramikindustrie, Peter Plum für die Leder- und Lederbearbeitungsindustrie, Joh. Scherm für die Metallindustrie, A. Weidler für die Maschinen- und Werkzeugindustrie, Heinrich Stühmer für die Schneiderei, Konjektion und Wäschereindustrie, Alois Staudinger für die Steinindustrie, G. Krähig für die Textilindustrie und Paul Müller für das Transportgewerbe

und ungenügend! Empfehlenswert noch über die Strümpfe Umhüllung mit Papier (Seidenpapier, auch Zeitungspapier). Strümpfe womöglich bis über die Waden reichend! Tägliche Einsetzung der Füße mit Salznatala, besonders bei Schweißfüßen, von Vorteil. Schuhwerk womöglich täglich ablegen und Socken wechseln. Bei Beschäftigung im Sieben, bei der Last usw. trockene Unterlagen von Holz, Reisig, Stroh verwenden, eventuell Füße mit Holzwolle, Sen usw. umwickeln. Bei nassem Untergrund keine Lappen, keine Futerteile und dergleichen nehmen. Füße und Zehen fleißig bewegen! Für die Hände weiche Handschuhe, Häuslinge aus Fell, Muffe aus Schafwolle improvisieren. Ohren mit Wolle, Seiden- oder Pelzlappen schützen, Schneehaube! Bei großer Kälte keinen Alkohol, der lähmend und einschlafend wirkt; dagegen Tee, Kaffee usw.“

### Sozialpolitisches.

**Wer profitiert von den hohen Schweinepreisen?** Die Landwirtschaftskammer Pommeren berichtet, daß unter ihrer Aufsicht kürzlich drei Schweine geschlachtet worden sind. Das durch genaue Wiegung festgestellte Schlachtergebnis war das folgende:

Die Schweine lieferten an verkaufsfähigem Fleisch:

Kaffeler (geräuchert) . . . . .	37 Pfund zu M. 1,60 =	M. 59,20
6 Rippen . . . . .	25,8 " " " 1,33 =	34,31
3 Speckseiten . . . . .	31,1 " " " 1,70 =	52,87
1 Bauchseite . . . . .	12,8 " " " 1,30 =	16,64
6 Schinken . . . . .	106,7 " " " 2,- =	213,40
6 Keulen und Schultern . . . . .	87,5 " " " 1,33 =	116,37
	300,9 Pfund	= M. 492,79
Dazu Kopf und Beine . . . . .	75 Pfund zu M. —,50 =	M. 37,50

Zu Wurst verarbeitet wurden zwei Karbonadenstück, drei Speckseiten und fünf Bauchseiten. Zur Herstellung von Wurst wurden hinzugekauft 62 Pfund Minderfleisch zu M. 1,20 und sechs Pfund Leber zu M. 1,70 pro Pfund. Hergestellt ist Herzleberwurst, Leberwurst und Wurst, und zwar sind im ganzen gewonnen:

Herzleberwurst . . . . .	150 Pfund zu M. 2,40 =	M. 360,—
Leberwurst . . . . .	58 " " " 2,— =	116,—
Wurst . . . . .	80 " " " 1,80 =	144,—
Ferner Schmalz . . . . .	41 " " " 2,40 =	98,40
	Zusammen	M. 748,40

Es beträgt mithin der gesamte Erlös von Fleisch, Wurst und Schmalz unter der Berücksichtigung der in Sleetin geltenden Höchstpreise M. 1278,00.

Davon gehen ab die folgenden Unkosten: Die drei Schweine haben zusammen 770 Pfund gewogen und sind mit M. 770, also M. 100 für den Rentner ab Hof bezahlt worden. Zu dieser Ausgabe von M. 770 kamen noch folgende weitere Unkosten:

Gebühren an den Städtischen Schlachthof für Schlachten und Fleischschau . . . . .	M. 11,25
Fracht der drei Schweine . . . . .	5,10
Gebühr an den Fleischer für Schlachten und Ausschachten . . . . .	12,50
Transport der geschlachteten Schweine zur Schlachtküche . . . . .	5,—
62 Pfd. Minderfleisch à M. 1,20 . . . . .	74,40
6 Pfd. Leber à M. 1,70 . . . . .	10,20
Für Därme M. 27, Gewürz u. Zutaten M. 6 . . . . .	33,—
	Zusammen M. 151,45

Mithin ergibt sich, daß die drei Schweine einschließlich ihrer Verarbeitung und der Zutaten zur Wurstbereitung gekostet haben M. 770 + M. 151,45 = M. 921,45.

Diesen Unkosten steht gegenüber der Gesamterlös von Fleisch, Wurst und Schmalz mit M. 1278,00, so daß ein Gewinn für den Schlachter von M. 357,24 übrig bleibt. Das bedeutet für das einzelne Schwein einen Gewinn von M. 119,08. Hierbei sind zum Beispiel die Abfälle noch nicht berücksichtigt.

Der Zweck dieser durch die Landwirtschaftskammer Pommeren in amtlicher Form angefertigten Probeschachtungen und Untersuchungen über die Verteuerung, die die Schweinefleischprodukte auf ihrem Wege bis zum Konsumenten durchmachen, ist natürlich der, nachzuweisen, daß

(Handel, Transport und Verkehr). Wie schon erwähnt, sind die Verfasser der Artikel jahrelang an verantwortungsvoller Stelle in ihrer betreffenden Gewerkschaft tätig. Ihr Urteil ist darum sicher beachtenswert, das sie über die Folgen eines günstigen oder ungünstigen Ausganges dieses Krieges für die Arbeiterklasse hier abgeben.

Im Schlußartikel: „Gewerkschaftliche Mandatsbemerkungen zum kommenden Frieden“, faßt der Herausgeber Wilhelm Kaufson in großzügigen Gedankenengängen noch einmal die Kernfragen dieses Buches zusammen und stellt fest, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse nur eine Politik gutheißen kann, die die deutschen Interessen in diesem Existenzkampf wehrt. Die Politik des 4. August ist eine solche Politik. Vom Standpunkt der Gewerkschaften wäre eine Politik im Sinne der Fraktionsminderheit geradezu Selbstmord gewesen. Eingehend beschäftigt er sich dann noch mit wirtschafts-, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragen, wie sie nach dem Kriege von der Arbeiterschaft angeht werden müssen. „So lebendig auch der Friedenswunsch in der Arbeiterklasse lebt“, heißt es in den Schlußworten, „so entschieden muß ein Frieden nach dem Willen der Gegner Deutschlands angelehnt werden. Für die Emanzipation der deutschen Arbeiterklasse braucht diese ein ungeschwächtes und ungeteiltes Deutschland, das seine Wirtschaft und seine Kultur in Frieden mit den Völkern entwickeln kann.“

Aus dieser kurzen Inhaltsangabe geht schon hervor, daß dies gewerkschaftliche Kriegsband in allen gewerkschaftsfreien weite Verbreitung verdient. Schon der Einblick, den es in die verschiedensten Industriezweige und deren volkswirtschaftliche Bedeutung gewährt, dürfte für die Mitglieder aus andern Berufen von hohem Interesse sein. Mag auch der eine oder der andere in diesem oder jenem Punkte anderer Meinung sein, an dem Gesamtwert des Buches geht damit nichts verloren.

Die Hauptschuld an den Schlächtern liegt. Das wird ausdrücklich gesagt in „Schlußfolgerungen“, die die Landwirtschaftskammer aus ihrem Experiment zieht:

1. Die Händler und Fleischer wären sehr wohl in der Lage, die durch den Bundesrat festgesetzten Höchstpreise für Schweinefleisch zu zahlen, und zwar sogar ab Stall, da ein Teil des Fleisches zu Wurst verarbeitet wird; die jetzigen Wurstpreise sind im Verhältnis zu den Schweinepreisen zu hoch.

2. Selbst, wenn noch erheblich weniger Fleisch zu Wurst verarbeitet wird, als in dem vorliegenden Beispiel, bleibt noch ein durchaus angemessener Gewinn übrig.

3. Wenn andere Probeabmachungen andere Ergebnisse erbracht haben sollten, so dürfte dabei nicht berücksichtigt sein, daß augenblicklich viel gutes Fleisch tatsächlich zu Wurst verarbeitet wird.

Aus diesen Mitteilungen läßt sich nicht nur der Schluß ziehen, daß die Schlächter höhere Preise an die Landwirte zahlen könnten, sondern viel näher liegt die Forderung, daß die Fleisch- und Wurstpreise niedriger festgesetzt werden müssen. Die Gewinne der Landwirte und Viehzüchter stehen denen der Fleischer keineswegs nach.

**Unzureichende Regelung der Fleischversorgung.** Die Regelung der Fleischversorgung ist bisher noch in den ersten Anfängen stehen geblieben. Wir sind leider noch nicht über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Schweinefleisch hinausgekommen, trotzdem sich gerade im Hinblick darauf eine ganze Reihe eruster Mängel eingestellt hat. Es ist doch zum Beispiel ein unhaltbarer Zustand, daß frisches Schweinefleisch in den Schlachtereien noch immer zu den Seltenheiten gehört. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat schon vor einigen Wochen in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern auf die Unbestände in der Fleischversorgung aufmerksam gemacht und dort zugleich auch eine Reihe gut durchdachter Vorschläge zur Besserung unterbreitet. So hat er unter anderem die Festsetzung von Stallpreisen und die Einführung von Schlachtscheinen im Viehhandel verlangt. Er fordert ferner das Verbot des Vorverkaufs von Schweinen, außerdem die Einführung gestaffelter Höchstpreise für die wichtigsten Gattungen des frischen Fleisches und vor allem aber eine Beschränkung in der Fleischverarbeitung von Wurst und Fleischwaren. Der Mangel an Schweinefleisch hat die Nachfrage nach anderen Fleischarten so gesteigert, daß besonders das Rindfleisch in den letzten Wochen enorm verteuert wurde. Aber man warrete bisher vergeblich auf die immer eifriger werdende Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder und Rindfleisch. Es scheint, als ob auch da erst wieder eingegriffen werden soll, wenn eine leichte Regelung nicht mehr möglich ist. Wenn sich erst die Produzenten und Händler an die übermäßig hohe Bezahlung ihrer Waren gewöhnt haben, dann röhrt die notwendige Herabsetzung durch einermäßigen erträgliche Höchstpreise immer auf alle nur erdenklichen Schwierigkeiten. — Die hohen Rindfleischpreise steigern auch den Anreiz zum Verkauf von Milchkuhen. Es ist jetzt schon beängstigend, wie viele Kühe in den letzten Wochen auf den Markt gebracht wurden. Wenn das noch einige Zeit so anhält, geraten wir mit der Milchversorgung in die allergrößte Gefahr. Alles das sollte die Regierung doch endlich veranlassen, schnellstens eine gründliche Regelung der Fleischversorgung vorzunehmen, ehe es wirklich zu spät ist.

### Polizei und Berichte.

**Zeitungslesen eine Pflicht.** Aus der Umgegend von Esnabrück sind kürzlich zwei Personen, weil sie entgegen der verfügten Weisung einige Pfund Schafwolle verkauft hatten, zu einem Tag Gefängnis verurteilt worden. Zu ihrer Verteidigung gaben sie an, die Verordnung wäre ihnen unbekannt geblieben, da sie in der Gemeinde nicht in der üblichen Weise bekannt gemacht worden war, und Zeitungen lesen sie nicht. Das Gericht glaubte ihnen zwar, erklärte aber: „Wer jetzt keine Zeitung liest, handelt fahrlässig und kann sich bei Kriegsverordnungen auf Unkenntnis, die ihn sonst straffrei machen würde, nicht berufen.“

**Rechtswirksamkeit von Anordnungen der Generalkommandos.** Die Rechtswirksamkeit von Anordnungen der Generalkommandos besteht selbst dann, wenn sie mit den Anordnungen am Landes- oder Reichsgericht in Widerspruch stehen. Das ist jetzt durch ein Urteil des obersten Landesgerichts in München entschieden worden. Das Landesgericht Straubing hatte einen Kaufmann freigesprochen, weil die Anordnung des Generalkommandos nicht gesetzmäßig gewesen sei. Auf Revision des Staatsanwalts wurde das Strafammerurteil aufgehoben und der Angeklagte wegen eines Vergehens gegen das Kriegszustandsgesetz zu einem Tag Gefängnis verurteilt mit der prinzipiellen Begründung, daß die auf Grund des Kriegszustandsgesetzes erlassenen Anordnungen Ausnahme-gesetze darstellen und als solche rechtswirksam seien, gleichgültig, ob sie im Einklang mit der Rechtsprechung am Landes- oder Reichsgericht in Widerspruch stehen oder nicht.

**Mit dem Vornamen unterzeichnete Feldbriefe gelten als leibwillige Verfügung.** In der letzten Zeit sind vom Reichsgericht die vom Berliner Kammergericht Entschcheidungen über die Gültigkeit eigenhändiger Testamente erlassen worden, die von allgemeiner Bedeutung sind. Es handelt sich um die Frage der Gültigkeit von in Feldbriefen enthaltenen leibwilligen Verfügungen. Bekanntlich verlangt das Gesetz für die Gültigkeit des eigenhändigen Testaments unter anderem, daß dieses von dem Erblasser eigenhändig unterzeichnet ist. Die betreffenden Feldbriefe enthielten nun, wie die meisten Briefe an nahe Verwandte, nur die Angabe des Vornamens, nicht auch die des Familiennamens als Unterschrift. In beiden Fällen wurden die nur mit dem Vornamen unterzeichneten

Briefe als gültige leibwillige Verfügungen angesehen. Das Reichsgericht hat sich dahin ausgesprochen, daß für die Gültigkeit eines mit dem Vornamen unterzeichneten Brief-Testaments genüge, wenn sich aus dem Brief die Person des Ausstellers für jeden Dritten mit Sicherheit ergebe, insbesondere durch Angabe der vollständigen Feldadresse des Briefschreibers mit dessen Familiennamen. Das Kammergericht ist noch weitergegangen. Es betont ausdrücklich im Gegensatz zu der Anschauung des Reichsgerichts, daß nach seiner Auffassung eine Unterzeichnung des Briefes mit dem Vornamen auch dann ausreicht, wenn sich nicht die vollständige Feldadresse des Absenders mit dessen Familiennamen aus dem Brief ergebe, sondern im Wege des Beweisverfahrens festzustellen sei. Denn die Formgültigkeit der Urkunde sei nur nach deren äußeren Gestalt, nicht nach dem Inhalt der Erklärung zu beurteilen. Die Formfrage könne nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zu der Identitätsfrage gebracht werden. Letztere Frage sei lediglich Beweisfrage, bei ihrer Beantwortung seien alle erheblichen Umstände zu berücksichtigen, auch soweit sie außerhalb des Testaments lägen. Deshalb sei es bei einem nur mit dem Vornamen unterzeichneten Testament in Briefform weder von Belang, ob sich der Brief an einen nahen Angehörigen richte, noch ob er selbst die Person des Schreibenden erkennen lasse.

### Genossenschaftliches.

**Die Volksfürsorge ist in ihr viertes Geschäftsjahr eingetreten.** Sie hat ihren Betrieb am 1. Juli 1915 eröffnet und am 31. Dezember 1914 eine zweieinhalbjährige Tätigkeit hinter sich, wovon 17 Monate in die Kriegszeit fallen. In dieser Zeit hat sie trotz der schwierigen Verhältnisse es erreicht, daß sie mit einem festen Versicherungsbestande von mindestens 170 000 Versicherungen, einschließlich der Sparversicherungen, in das neue Jahr eintritt, womit ihre günstige Weiterentwicklung garantiert ist.

Im Laufe des Jahres 1915 zahlte die Volksfürsorge in 196 Sterbefällen die vollen Versicherungssummen aus im Betrage von M 51 772, wofür M 6196 an Prämien geleistet wurden. Es waren davon 189 Sterbefälle nach einem einjährigen Versicherungsbestande und sieben Fälle des Todes durch Unfall im ersten Versicherungsjahr. In allen diesen Fällen haben die Hinterbliebenen der früh verstorbenen Versicherten den Wert der Versicherung jedenfalls sehr dankbar empfunden.

### Dom Ausland.

**Ungarn.** Der Vorstand unseres ungarischen Bruderverbandes hat nach genauer Prüfung der Verhältnisse beschlossen, die im ersten Halbjahr 1916 fällige Verbandss-Generalversammlung vorläufig auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

### Verschiedenes.

**Ueber die Diensttauglichkeit der Verwundeten** macht die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ höchst bedeutungsvolle Angaben. Danach ist die Diensttauglichkeit der Verwundeten von Monat zu Monat gemachsen, und andererseits hat die Sterblichkeit regelmäßig abgenommen. Während schon im ersten Kriegsmonat August 1914 auf 100 Verwundete 84,8 Dienstfähige, 8,0 Gestorbene und 12,2 Dienstuntaugliche und Beurlaubte kamen, stieg im September 1914 die Zahl der wieder dienstfähig Gewordenen auf 88,1, also fast um vier Mann auf 100. Gleichzeitig sank die Zahl der Todesfälle von 3 auf 2,7 pZt. Wieder einen Monat später, im Oktober 1914, war die Zahl der Dienstfähigen auf 88,9 gestiegen und die der Todesfälle auf 2,4 gesunken. In den Monaten November bis März schwankte die Zahl der Dienstfähigen zwischen 87,3 und 88,9, die Zahl der Todesfälle betrug im November nur noch 2,1 pZt. Im Dezember 1914 sank sie sogar unter die Zahl 2 und betrug nur noch 1,7 pZt. Im Januar 1915 war eine weitere Abnahme der Todesfälle festzustellen; denn in diesem Monat betrug die Zahl nur noch 1,4, und sank im Monat Februar auf 1,3. Nachdem sie im April und Mai wiederum auf 1,4 gestiegen war, also eine ganz geringfügige Verschlechterung erfahren hatte, fiel sie von da ab im Juni und Juli auf 1,2 pZt. Die Anzahl der Dienstfähigen stieg ganz beträchtlich: im Monat April auf 91,2, im Monat Juni auf 91,7 und im Juli und im Mai auf 91,8. 7 pZt. waren dienstuntauglich oder beurlaubt. Von den Beurlaubten ist dann noch eine beträchtliche Anzahl wieder dienstfähig geworden, so daß die Gesamtzahl der Dienstfähigen dadurch noch erhöht wurde. Die Durchschnittszahlen für das ganze Jahr ergaben 88,5 Dienstfähige, 8,8 Dienstuntaugliche und Beurlaubte und nur 1,7 Todesfälle. — Bei dieser an sich erfreulichen Statistik ist nur das eine zu berücksichtigen, daß die Ansprüche an die Diensttauglichkeit im Verlaufe des Krieges offenbar erheblich herabgesetzt worden sind.

**Die Kriegschemie in neutraler Beleuchtung.** In der Hauptversammlung des Hochschülereins zu Vorn sprach kürzlich Professor Dr. A. Tschirch über Kriegschemie. Die „Pharmazeutische Wochenschrift“ hat den Vortrag dieses bekannten Gelehrten veröffentlicht. Danach will Tschirch die Kriegschemie nicht als die Chemie der Zerstörungsmittel aufgefaßt wissen, wenn er auch den Widerspruch hervorhebt, der darin liegt, daß der Erfinder des Dynamits den Friedenspreis stiftete. Auch sonst glaubt Tschirch darauf verweisen zu müssen, daß uns der Krieg noch an ganz

andere Widersinnigkeiten gewöhnt hat. Wir sind in einem Urzustand zurückgefallen, der uns an die frühesten Zeiten der Menschheit erinnert. Menschen, die früher vom modernsten Komfort umgeben waren, liegen, das Gewebe im Arm, in schlammigen Gräben und bedienen sich auch der ältesten Wurfmaschinen, der Ballisten und Katapulten, um sich die Ergebnisse der modernsten Chemie ins Gesicht zu schleudern. Auch der hochentwickelte Handel ist teilweise zu primitiven Urformen, dem Tauschhandel, zurückgekehrt. Ein Schweizer Fabrikant bezieht jetzt sein Opium, wie er angibt, nur im Austausch purget gegen Kupfer und Leinwand. Aber diese Rückkehr zum Urzustand, so sagt Tschirch, hat auch ihre guten Seiten. Sie lehrt uns, daß unsere moderne Kultur sehr viel Ueberflüssiges enthält, lehrt uns die Einfachheit der Sitten schätzen. Professor Tschirch sprach ferner von Karbitoffen und Niesstoff und Arzneimittelem, vom Alkohol, von den Oelen, den Fetten, vom Kriegsbrot und vom Eiweiß. Die fleischlose Lage in Deutschland nennt er nicht einen Mangel, sondern einen Segen. „Die Ueberernährung, an der wir alle leiden, und die uns das Leben verkürzt, betrifft hauptsächlich das Fleisch.“ Bei der Besprechung der Massenerzeugung von Eiweiß aus Gese sagt Tschirch, „ganz wie in der bekannten Erzählung Harun al Raschids vom Schachbrett und dem Weizenkorn liefert eine Zelle, nur angenommen, daß sie und ihre Nachkommen sich immer verdoppeln, schon bei der 32. Teilung, über zwei Milliarden Zellen.“ Zum Schluß führte er aus: „Die Chemie kann alles. Aus schmutzigem Schlamm Fett, aus stinkendem Tiermisch und Faeces Stoffe herstellen, Krankheiten heilen und aus Steinen Brot machen; ja, sie vermag sogar Berge zu versetzen, den Blitz vom Himmel herabzuholen und uns zu lehren, von der Luft zu leben.“

### Fachtechnisches.

**Zum Verbot des Anstreichens mit Farben aus pflanzlichen oder tierischen Oelen,** das am 11. November vorigen Jahres in Kraft getreten ist und wonach bekanntlich die Außenwände der Häuser sowie Mauern und Bäume nicht mit Farben angestrichen werden dürfen, zu deren Herstellung pflanzliche oder tierische Oele verwendet sind, waren der Handwerkskammer zu Berlin von vielen Seiten Zweifel über die Auslegung dieser Bestimmung in der Richtung geäußert worden, ob unter den „Außenwänden der Häuser“ auch die Holzteile (Türen, Fenster, Jalousien) zu verstehen sind oder ob nur Mauerwerk in Betracht kommt. Auf eine dahingehende Anfrage hat jetzt der Reichsanwalt der Handwerkskammer den Bescheid erteilt, daß das Verbot des Anstreichens mit Farben aus tierischen oder pflanzlichen Oelen sich nicht auf Türen, Fenster und Jalousien erstreckt.

Für das Malergewerbe kann diese Erlebigung der bisher unklaren Fassung der Bundesratsverordnung nur von Vorteil sein.

### Literarisches.

**Krieg und Schule.** Unter diesem Titel ist soeben Heft 17 der unter dem Namen „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse“ bekannten 10-3-Bibliothek des Verlages Internationale Korrespondenz, Berlin-Karlshorst, erschienen. Die Verfasserin Anna Wlos ist sozialdemokratisches Mitglied des Ortsvereins Stuttgart und hat als solche langjährige Erfahrung auf dem Gebiete des Schulwesens sammeln können. In sachlicher und anziehender Weise legt sie die Mängel des jetzigen Systems auseinander und plädiert für baldige Durchführung der vielen Anregungen und Forderungen der Arbeiterschaft, speziell in bezug auf die Einheitschule. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, auch dieser bisher vielleicht zu wenig praktisch behandelten Frage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Heft wird daher nicht nur von allen kommunalpolitisch Tätigen mit Interesse und Nutzen gelesen werden.

### Vereinstell.

#### Bekanntmachungen.

**Bericht der Hauptkasse vom 10. bis 15. Januar.**

Eingekandt haben für die Hauptkasse: Spremberg M. 18, Dresden 3000, Hildesheim 100, Guben 2,80, Worms 52,55, Altenburg 150, Rostock 42,57, Thorn 35, Schweinfurt 15,80.

Material wurde verhandt (B = Beitragsmarken, D = Duplikatmarken): Altenburg 200 B à 95 J. Kößlin 200 B à 80. Landsberg 200 B à 70. Leipzig 800 B à 100, 800 B à 120. Nowawes 5 D. Spandau 200 B à 95, 400 B à 115.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Name	Buch-Nr.	Bezahlt bis zur	Ort
Robert Sotolowski	11068	11. Woche 1915	Samburg
Wilh. Schulz	35971	39. "	1915 Greifswald
Jugo Wolf	19904	31. "	1914 Grimmitzschau
Wilh. Mitche	8049	36. "	1915 Berlin
Heinr. Kröger	40015	42. "	1915 Cassel
Heinr. Thiele	138178	35. "	1915 Cassel

Die Woche vom 23. bis 29. Januar ist die 4. Beitragswoch.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 3 des „Correspondenzblattes“ bei.

**1a Terpentin-Ersatz = 1a Firnis-Ersatz**  
liefern franco so lange Vorrat reicht  
Gebrüder Nussbaum,  
Bismarckstr. 10, 1000 Berlin, S.O. 10  
Demoferte gratis!

**Bekämpfung der Bleiergiffung im Maler- u. Anstreichergewerbe**  
Erhalten im Selbstverlag des Verbandes. Abdruckpreis der Broschüre M. 1. Mitglieder erhalten Vorzugspreis.